

**Die schweizerische Wirtschaft
im Umbau**

Prof. Dr. Bruno Gehrig
Mitglied des Direktoriums
Schweizerische Nationalbank

Referat an der Generalversammlung der Luzerner Industrie Vereinigung
am 30. April 1998 in Malters

Die schweizerische Wirtschaft hat die siebenjährige Rezession und Stagnation überwunden. Für dieses Jahr rechnen wir mit einem realen Wirtschaftswachstum von rund 2%. Die Asien-Krise, die uns im letzten Herbst aufgeschreckt hat, wird zwar auch in der Schweiz ihre Spuren hinterlassen. Es gibt aber inzwischen genügend Kräfte aus dem In- und Ausland, welche die Konjunktur wirksam stützen.

Die neunziger Jahre waren für viele Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Zeit der Enttäuschungen und der Unsicherheit. Und dennoch sind Entwicklungen in Gang gekommen, die für die Zukunft optimistisch stimmen. Die international ausgerichtete Industrie hat ihre Wettbewerbsfähigkeit eindrucklich gesteigert, und der in den alten Industrieländern wie der Schweiz unumgängliche Strukturwandel in Richtung Dienstleistungen, ist weiter vorangekommen. Auch gibt es Anzeichen, dass die standortgebundene und bisher zu wenig wettbewerbsorientierte Binnenwirtschaft flexibler und innovativer geworden ist .

Die hauptsächlichen Impulse für den Wandel gingen vom technischen Fortschritt, von der europäischen Integration und von der Globalisierung aus. Wichtige Anstösse kamen auch von der Wirtschaftspolitik. Unter dem Druck der geänderten Verhältnisse wurden gewisse ordnungspolitische Rahmenbedingungen verbessert. Dazu gehören Neuerungen wie das Binnenmarktgesetz, das den Wettbewerb im Inland stärkt, das revidierte Kartellgesetz, das ihn wirksamer schützen soll sowie die in Kraft getretene oder geplante Deregulierung in der Telekommunikation, der Energieversorgung und der Landwirtschaft. Dazu kommen die auf kantonaler Stufe getroffenen Massnahmen zur Flexibilisierung der Wirtschaft. Ich denke beispielsweise an die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten und die Deregulierung im Gastgewerbe.

All diese Neuerungen tragen dazu bei, die langfristige Leistungskraft der schweizerischen Wirtschaft nachhaltig zu steigern. Einiges ist getan worden und in Gang gekommen – der Umbau der schweizerischen Wirtschaft ist aber noch nicht beendet. Es bedarf weiterer Anstrengungen, um die Wirtschaft zum Wohle aller zu stärken.

Die Mehrung materiellen Wohlstands ist sicher nicht das Mass aller Dinge. Faktoren, die im Sozialprodukt nicht berücksichtigt werden, da sie sich kaum je in Franken messen lassen, sind für die Lebensqualität mindestens so wichtig. Dazu gehören kollektive Güter wie die Qualität unserer Umwelt und der soziale Friede. Die Crux

liegt darin, dass wir für diese Errungenschaften von der Wirtschaft Zahlungen in Franken und Rappen verlangen. Besonders deutlich wird dies beim steigenden Anspruch auf eine hohe soziale Sicherung. Diese Ansprüche müssen tagtäglich erarbeitet werden. Allein um diesen Anforderungen gerecht zu werden, muss die Wirtschaft ihre Leistungskraft in den nächsten Jahren erheblich steigern.

Wirtschaftliche Effizienz und Produktivitätsfortschritte fallen nicht vom Himmel. Sie ergeben sich vielmehr aus dem Zusammenspiel bestimmter Faktoren, die auch durch die Wirtschaftspolitik beeinflusst werden können. Die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft ist damit auch ein Mass für die Qualität und den Erfolg der Wirtschaftspolitik.

Vier Bestimmungsgründe stehen im Vordergrund, nämlich

- erstens ein stabiles makroökonomisches Umfeld, d.h. gesunde Staatsfinanzen und ein hoher Grad an Preisstabilität,
- zweitens hohe Investitionen – in physisches Kapital wie in Bildung, d.h. Humankapital
- drittens ein in allen Bereichen funktionierender Wettbewerb
- und viertens schliesslich die Fähigkeit, rasch auf eine sich wandelnde Umwelt, auf veränderte Marktverhältnisse, Technologien und institutionelle Gegebenheiten zu reagieren.

Ich möchte im folgenden diese vier Bereiche etwas ausleuchten. Ich beginne mit dem Thema Bildung und Arbeitsmarkt. Danach werde ich auf die Sachkapitalbildung eingehen. Im dritten Abschnitt geht es um den Wettbewerb, im vierten Abschnitt um die Fähigkeit zum Wandel und im fünften Teil um die öffentlichen Finanzen. Auf die Bedeutung der monetären Stabilität werde ich am Schluss, auch im Zusammenhang mit der Schaffung der Europäischen Währungsunion, zu sprechen kommen.

1. Bildung und Arbeitsmarkt

Niemand bestreitet, dass eine leistungsfähige Volkswirtschaft gut ausgebildete und motivierte Arbeitskräfte braucht. Bildung trägt aber auch zur persönlichen Entfaltung bei und verkleinert tendenziell soziale Ungleichheiten. Dies vor allem aus zwei Gründen: Erstens erzielen gut ausgebildete Arbeitskräfte ein höheres Einkommen und zweitens tragen sie ein kleineres Risiko, arbeitslos zu werden.

Der Erwerb von Bildung ist allerdings kein Sonntagsspaziergang, sondern oft eine anstrengende Bergtour, die zähen Willen abverlangt. Es braucht deshalb Anreize, damit ein junger Mensch sich um eine möglichst gute Erstausbildung bemüht und dass jemand später Zeit und Geld aufwendet, um durch Weiterbildung seine berufliche Qualifikation zu verbessern und den sich ändernden Umständen anzupassen.

Die Anreize, in Bildung zu investieren, hängen von verschiedenen Faktoren ab. Zwei scheinen mir besonders wichtig.

- Zum einen die materiellen Anreize. Die Chance auf ein höheres Einkommen ist eine unverzichtbare Triebfeder zum Effort für Bildung und Weiterbildung. Das verlangt eine ausgeprägte Durchlässigkeit der Einkommenspyramide - die Chance auf Einkommensverbesserungen, aber auch das Risiko von Rückstufungen. Dieses als Einkommensmobilität bezeichnete Konzept stärkt das eigenverantwortliche Engagement für das berufliche Können und für die persönliche Beschäftigungsfähigkeit.
- Ein zweiter Faktor ist der Arbeitsmarkt. Sind die Chancen gross, später auch eine passende und befriedigende Arbeit zu finden, so fördert dies die Bereitschaft, in Bildung zu investieren. Abschreckend und lähmend wirkt dagegen eine hohe permanente Arbeitslosigkeit.

Die Arbeitslosigkeit ist in der Schweiz im europäischen Vergleich tief. Wir verdanken dies im wesentlichen dem flexiblen Arbeitsmarkt. Wir verfügen über das liberalste Arbeitsrecht auf dem europäischen Kontinent, das zentrale Bereiche wie den Kündigungsschutz vernünftig regelt. Die Lohnnebenkosten sind tiefer als in der EU, und die Arbeitslosenversicherung ist so organisiert, dass sich Missbrauch in Grenzen hält. Schliesslich sorgt ein weitgehend dezentraler Lohnbildungsprozess dafür, dass sich die Löhne im Einklang mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Unternehmen entwickeln.

Diese günstigen Voraussetzungen widerspiegeln sich in einer hohen Bereitschaft der Arbeitgeber, Arbeitsplätze zu schaffen und in der Bereitschaft der Arbeitnehmer, sich rasch wieder in den Arbeitsmarkt einzugliedern.

Im Laufe des nun in Gang gekommenen Konjunkturaufschwungs wird sich die Arbeitslosigkeit deutlich zurückbilden. Sie wird aber nicht mehr auf jene paradiesisch tiefen Werte der achtziger Jahre sinken. Wie hoch der Sockel sein wird, lässt sich nur schwer abschätzen. Die meisten Untersuchungen deuten auf eine strukturelle Arbeitslosenquote von etwa 3% hin. Auch wenn dies im europäischen Vergleich tief ist, sollten wir dagegen ankämpfen. Abgesehen davon, dass Arbeitslosigkeit oft ein schweres persönliches Schicksal ist, scheinen mir weitere Aspekte bedenkenswert. Von Langzeitarbeitslosigkeit sind ältere Arbeitskräfte überdurchschnittlich stark betroffen. Dies kann dem allgemeinen Vorurteil Vorschub leisten, dass sich für eine Person mittleren Alters Weiterbildung zum vornherein nicht mehr lohnt. Das führt zur Resignation und zur Verschwendung beruflicher Erfahrung in einer Zeit, in der unser Land mit Blick auf die unvermeidlichen demographischen Verschiebungen den produktiven Einsatz aller Erwerbsfähigen braucht.

Im Falle der Schweiz wird die Sockelarbeitslosigkeit durch den Strukturwandel und die Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung begünstigt.

- Der Strukturwandel führt dazu, dass die Nachfrage nach Arbeitskräften mit geringer Ausbildung zurückgeht. Sie wird teilweise substituiert durch den Einsatz von Technologien und durch Produktionsauslagerungen in Billiglohnländer. Schlecht ausgebildete Arbeitskräfte sind deshalb heute besonders von Arbeitslosigkeit betroffen, und daran wird sich in Zukunft nichts ändern.
- Die auch im internationalen Vergleich sehr lange Bezugsdauer für Arbeitslosengelder erhöht die Gefahr, dass ein Arbeitsloser den Wiedereintritt in das Erwerbsleben hinausschiebt. Fähigkeiten gehen verloren, und die Ausbildung entwertet sich. Dies verringert seine künftigen Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz enthält zwar mit den obligatorischen Beschäftigungsprogrammen der Kantone ein gewisses Korrektiv, um das Entstehen von Langzeitarbeitslosigkeit zu verhindern. Ob diese Vorkehrung ausreicht, scheint indessen fraglich.

Das beste Mittel, um strukturelle Arbeitslosigkeit abzubauen, ist die Förderung der Beschäftigung. Dabei muss sowohl bei der Arbeitsnachfrage als auch beim Arbeitsangebot angesetzt werden.

Auf der Nachfrageseite – auf der Seite der Arbeitgeber – müssen wir zunächst alles verhindern, was den Faktor Arbeit weiter verteuert. Die Lohnnebenkosten sind in der Schweiz zwar immer noch deutlich tiefer als in den meisten Ländern Europas, vor allem weil die Krankenversicherung nicht über Lohnprozente finanziert wird. Es besteht aber eine klare Tendenz, diesen wichtigen Vorteil des Arbeitsplatzes Schweiz zu gefährden.

Im weiteren werden all jene Massnahmen die Beschäftigung fördern, die auf eine Dynamisierung der Wirtschaft abzielen und unternehmerische Freiräume schaffen. Solche Massnahmen sind leider unspektakulär, wirken wenig originell und führen kaum je zu Schlagzeilen. Wundermittel zur Hebung der Beschäftigung wie die Reduktion der gesetzlichen Arbeitszeit haben es da viel leichter. Sie führen zum Eindruck, dass uns die Arbeit ausgeht und wir deshalb die verbleibende Arbeit auf mehr Köpfe und Hände verteilen sollten. Diese Sicht ist verfehlt. Der Dienstleistungssektor wie auch die neuen Technologien stellen ein riesiges Beschäftigungspotential dar, das bei geeigneten Rahmenbedingungen genutzt werden wird. Gleichwohl wird sich der bereits langanhaltende Trend zu kürzeren Arbeitszeiten fortsetzen –aus dem einfachen Grund, weil Freizeit bei steigendem Wohlstand an Wert gewinnt.

Auf der Angebotsseite, d.h. bei den Arbeitnehmern, müssen wir bestehende Schwächen angehen. Die Bezugsdauer für Arbeitslosengelder sollte verkürzt werden, sobald sich die Arbeitsmarktlage namhaft bessert. Vor allem aber müssen wir dafür besorgt sein, dass die Ausbildung mit den Anforderungen des Arbeitsmarktes Schritt hält.

Das schweizerische Bildungswesen geniesst einen sehr guten Ruf. Seine duale Struktur, nämlich die praxisbezogene und auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes ausgerichtete Berufslehre einerseits und die Bildung auf der Fachhochschul- und Hochschulstufe andererseits, hat sich bewährt. Sie gilt als der Hauptgrund für die tiefe Jugendarbeitslosigkeit in Schweiz.

Auch das schweizerische Schul- und Bildungswesen ist indessen durch den raschen Strukturwandel und die neuen Technologien auf allen Ebenen stark gefordert. In den letzten Jahren sind denn auch in vielen Bereichen neue Wege beschritten worden. Gibt es Schwachstellen?

Die OECD weist auf die ausländischen Arbeitskräfte hin. Ihre Ausbildung ist oft schlecht, und häufig sind auch ihre Sprachkenntnisse mangelhaft. Hier besteht zweifellos Handlungsbedarf. Insbesondere darf sich das Bildungsmanko nicht auf die zweite Generation, die oft ungünstige Startbedingungen hat, übertragen.

Die technische Innovation ist der Schlüsselfaktor für die Leistungsfähigkeit einer modernen Volkswirtschaft. In den technologisch führenden, innovativen Gebieten liegt ein wichtiges Beschäftigungspotential. Der kürzlich erschienene Bericht der OECD über Bildungsindikatoren deutet auf eine Schwäche im schweizerischen Bildungssystem hin: Der Anteil an promovierten Hochschulabgängern auf dem Gebiet der technischen und der Naturwissenschaften ist mit 400 Absolventen pro 100'000 Personen im erwerbsfähigen im Alter von 25 bis 34 Jahren international gesehen sehr tief. Die Schweiz steht damit innerhalb der OECD an viertletzter Stelle. Erschreckend niedrig ist auch der Frauenanteil.

Den Gründen für diese Entwicklung sollte nachgegangen werden. Um so mehr, als die kürzlich von der BAK veröffentlichte internationale Standort-Vergleichsstudie zeigt, dass die Unternehmen die hochqualifizierten Arbeitskräfte in der Schweiz schlechter beurteilen als jene an den meisten westeuropäischen Standorten und in den USA. Meine Ausführungen zu Bildung und Arbeitsmarkt möchte ich abschliessen mit einem vielleicht ernüchternden, aber notwendigen Hinweis. Allen Ausbildungsanstrengungen zum Trotz wird es im schwächsten Bereich des Arbeitsmarktes Langzeitarbeitslosigkeit und das Phänomen der "Working Poor" geben, wo Menschen beschäftigt, aber sehr arm sind. In diesem Segment ist Solidarität und sozialpolitisches Engagement vonnöten als unverzichtbares Korrelat zur Flexibilität des Arbeitsmarktes.

Damit komme ich zur Bedeutung der Investitionstätigkeit, der Bildung von Sachkapital.

2. Sachkapital

Neben dem Humankapital spielt das Sachkapital für das Wirtschaftswachstum eine zentrale Rolle. Erst in Kombination mit moderner Ausrüstung und Technologie erzielt das Humankapital die wohlstandsmehrenden Produktivitätsfortschritte.

Die Schweiz weist im internationalen Vergleich einen sehr modernen und grossen Kapitalstock auf. Darin widerspiegelt sich die überdurchschnittlich hohe Investitionsquote, über die neue Technologien rasch Einzug finden und die Wirtschaft technologisch am Ball bleibt. Selbst in den vergangenen wirtschaftlich schwierigen Jahren wurde die Modernisierung des Kapitalstocks vorangetrieben. Dies stellt den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Schweiz grundsätzlich ein gutes Zeugnis aus.

Grundlage der hohen Investitionstätigkeit bilden die reichlich verfügbaren Ersparnisse, die über ein leistungsfähiges Bankensystem und einen modernen Kapitalmarkt zu den Investoren kanalisiert werden.

In den letzten schwierigen Jahren ist die Funktion der Banken als Finanzintermediäre stark unter Beschuss gekommen. Vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen, die keinen Zugang auf den Kapitalmarkt haben, beklagten sich über die restriktive Kreditpolitik der Banken. Speziell auch wurde der Mangel an Risikofinanzierung moniert.

Eine Umkehr zu einer risikomässig sachgerechten Kreditpolitik der Banken war nach den Übertreibungen der achtziger Jahre unumgänglich. Auch im Hinblick auf eine ausgeglichene Wirtschaftsentwicklung darf man sich die mitunter leichtsinnige Kreditpolitik der Banken nicht zurückwünschen. Die Unternehmen werden mit anderen Worten grundsätzlich damit leben müssen, dass Investitionsprojekte nach strengeren Kriterien geprüft werden als noch vor wenigen Jahren. Dies heisst aber nicht, dass sich das Verhältnis zwischen den Banken und den Unternehmen nicht verbessern liesse. Die Initiative von Bankiervereinigung, Gewerbeverband und Vorort, eine Art Finanzberatung für Klein- und Mittelunternehmen auf die Beine zu stellen, dürfte dazu beitragen. In die gleiche Richtung könnte letztlich der Konzentrationsprozess im Bankensystem wirken. Der durch die Grossbanken in die Wege geleitete Kapazitätsabbau im Inland erhöht die Geschäftsmöglichkeiten für die anderen Bankengruppen. Sie können ihre unbestreitbare Stärke der kundennahen

Verankerung in den Regionen vermehrt nutzen. Dabei versprechen Bemühungen zur Refinanzierung bestehender Kreditverhältnisse am Kapitalmarkt besonders attraktive Potentiale. Auf diesem in angelsächsischen Ländern längst erprobten Weg können Bankbilanzen entlastet und so zusätzliche Kreditspielräume erschlossen werden, ohne dass der angestammten Kreditkundschaft Nachteile erwachsen. Ich komme damit zur Bedeutung des Wettbewerbs.

3. Wettbewerb

Wettbewerb ist ein Grundpfeiler der Marktwirtschaft. Auch grundsätzlich liberal und marktwirtschaftlich Gesinnte haben aber oft erhebliche Mühe, den Wettbewerb im eigenen Bereich als Spielregel zu akzeptieren.

Die Schweiz ist insofern ein Sonderfall, als sich seit langem die wettbewerbsgewohnte Exportwirtschaft und der lange Zeit durch ein Gestrüpp von wettbewerbsbehindernden Spielregeln abgeschottete standortgebundene Sektor gegenüber stehen.

Regulationen, die den Marktzutritt erschweren, führen zu strukturellen Verkrustungen in Form von ineffizienter Produktion, veralteten und zu teuren Distributionssystemen und schlechter Produktequalität. Dies schmälert die Leistungskraft einer Wirtschaft und stellt für die Exportwirtschaft, die auf standortgebundene Leistungen angewiesen ist, einen erheblichen Wettbewerbsnachteil dar. Der Internationale Währungsfonds sieht denn auch im strukturell schwachen Binnenbereich den Hauptgrund, weshalb die schweizerische Wirtschaft in den Jahren 1975 bis 1997 einen geringeren Produktivitätsfortschritt erreicht hat als andere europäische Länder und die USA.

Auch die Basler Arbeitsgruppe für Konjunkturforschung stellt der Binnenwirtschaft in ihrer bereits erwähnten Standortvergleichs-Studie kein gutes Zeugnis aus. Die Produktivität bleibe hinter jener an anderen Standorten klar zurück und habe sich in den letzten Jahren sogar noch verschlechtert.

Wir sollten diese Analysen ernst nehmen und die Bemühungen um mehr Effizienz und Dynamik bei den standortgebundenen Branchen fortsetzen. Dies gilt für die

betroffenen privaten Akteure nicht weniger als für den Staat, der mit dem Binnenmarktgesetz und dem neuen Kartellgesetz wichtige erste Schritte getan hat.

4. Fähigkeit zum Wandel

Als vierte Determinante der Leistungskraft eines Landes möchte ich die Fähigkeit zum Wandel nennen, die Entschlossenheit, sich rasch an veränderte Umstände anzupassen. Gemeint sind die Bereitschaft, innovative Technologien anzunehmen, Neues zu lernen und Risiken einzugehen. Die letzten Jahre haben erfreulicherweise gezeigt, dass diese Fähigkeit in der Wirtschaft und ein Stück weit auch in der Politik vorhanden ist.

Dennoch ist die Fähigkeit zum Wandel – noch wichtiger geworden durch die Globalisierung und die neuen Technologien – in gewissen Kreisen ein Reizwort. Es wird befürchtet, dass die Globalisierung vorab von den alten Industrieländern eine Anpassung abverlangt, welche die Grundlagen unseres Zusammenlebens zu unterhöhlen droht.

Allein, vor Illusionen sei gewarnt. Allzu oft legt die Globalisierung bloss Verkrustungen und Unterlassungen offen, die früher oder später doch zu beheben sind. Dies gilt auch für die Wirtschaftspolitik. Globalisierung und moderne Kommunikationstechnologie geben den Unternehmen und den Konsumenten eben viel bessere Möglichkeiten, nach Alternativen zu suchen, Vergleiche anzustellen. Anders als die Wirtschaft ist die Politik mit einem solchen Umfeld wenig vertraut. Es bedeutet, dass sich die politischen Akteure nicht mehr nur darauf konzentrieren können, für ihre Interessen- und Wählergruppen das vordergründig Beste herauszuholen, sondern vermehrt auch Gegenreaktionen in ihr Kalkül einbeziehen müssen. Alles in allem bin ich sicher, dass der Zwang, sich dem Wettbewerb – der Konkurrenz der Standorte – zu stellen, auch für das politische System Chancen birgt.

5. Öffentliche Finanzen

Eine zentrale Grundlage für das langfristige Gedeihen der Wirtschaft sind stabile makroökonomische Bedingungen. Im weiten Sinn gehören dazu Rechtssicherheit, politische Stabilität und sozialer Friede. Wo Willkür, Korruption und soziale Spannungen herrschen, gedeiht auf die Länge keine Wirtschaft. Innovationen versiegen, die Bereitschaft, in Sachkapital und in die eigene Ausbildung zu investieren, erlahmt. Damit wird dem Wirtschaftswachstum und dem Wohlstand das Fundament entzogen.

Zu einem stabilen makroökonomischen Umfeld gehören ausgeglichene Staatsfinanzen. Die öffentlichen Finanzen der Schweiz haben sich in den letzten Jahren auf allen staatlichen Ebenen, besonders aber beim Bund, massiv verschlechtert. Mit einer gesamtstaatlichen Defizitquote von mehr als 3% in diesem Jahr nimmt die Schweiz in Europa einen der hinteren Plätze ein. Mit einer Schuldenquote von mehr als 50% des BIP sind wir auf dem Weg, bald auch das zweite Maastricht-Kriterium zu verfehlen.

Die massive Verschlechterung der Staatsfinanzen ist zum Teil konjunktureller Natur, verursacht durch die lange Stagnation, die zu Steuerausfällen und hohen Sozialkosten führte. Mehr als die Hälfte des Defizits ist aber struktureller Natur. Die Verschlechterung bahnte sich schon lange an. Sie ist vor allem bedingt durch die Finanzierungslücken bei der sozialen Sicherung, der AHV/IV und der Arbeitslosenversicherung.

Es besteht ein Konsens, dass die anhaltenden Defizite nicht tolerierbar sind, weil sie eine Schuldendynamik auslösen, die das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates untergräbt.

Inzwischen ist die Sanierung der Bundesfinanzen an die Hand genommen worden. Im Juni werden wir über das Haushaltsziel 2001 abstimmen, einen Verfassungsartikel, welcher der grundsätzlichen Pflicht zum Budgetausgleich Nachdruck verleihen soll. Mit dem Stabilitätspaket 98, über das sich Anfang April die am Sanierungsprozess Beteiligten am runden Tisch geeinigt haben, soll dem Stimmbürger verdeutlicht werden, wie die Budgetkorrektur bis zum Jahre 2001 erreicht werden soll.

Der erzielte Kompromiss, der den Bundeshaushalt in den nächsten drei Jahren um mehr als 2 Mrd. Franken entlasten soll, provoziert erwartungsgemäss gemischte Gefühle. Erleichterung, dass der Sanierungsprozess endlich in Gang gekommen ist, Bedauern, dass er nicht unbedeutende Steuererhöhungen vorsieht. Zwar wurde auch gespart – vor allem im politisch unproblematischen Militärbereich und bei den Transferleistungen an die Kantone. Letztere willigten nicht zuletzt deshalb rasch ein, weil ihnen infolge höherer Ertragsausschüttungen der Nationalbank erhebliche Mehreinnahmen zufließen werden. Im politisch sensiblen Bereich der Sozialleistungen blieben die Korrekturen erwartungsgemäss moderat.

Zur Finanzierung der Sozialwerke soll die Mehrwertsteuer angehoben werden. Der Satz ist derzeit mit 6,5% nur etwa ein Drittel so hoch wie im übrigen Europa. Geht es plangemäss, so steigt er in den nächsten sechs Jahren um fast 4 Prozente. Auch dann liegt er allerdings erst bei etwas über 10%.

Die Mehrwertsteuer hat gegenüber Lohnprozenten den Vorteil, nicht einseitig den durch Arbeit erstellten Mehrwert zu besteuern. Der zukunftssträchtige, arbeitsintensive Dienstleistungsbereich wird die mehrwertsteuerbedingte Verteuerung seiner Leistungen trotzdem deutlich zu spüren bekommen. Gleich wie hohe Lohnnebenkosten begünstigt auch die Mehrwertsteuer die Schattenwirtschaft. Das Bestreben, die soziale Sicherung zu verbessern, ist verbunden mit dem Risiko, jenem Bereich der Wirtschaft Vorschub zu leisten, in dem es keinerlei soziale Sicherheit gibt. Solche Effekte wären in höchstem Masse kontraproduktiv. Sie signalisieren Grenzen der Mehrwert-steuerbelastung.

Man kann das am runden Tisch Erreichte drehen wie man will: Haushaltspolitische Sanierungsefforts finden nie den harmonischen Applaus von Beteiligten und Betroffenen mit widersprüchlichen Interessenlagen. Das entscheidend Positive am skizzierten Kompromiss ist die Korrektur einer unheilvollen Defizitdynamik, die volkswirtschaftlich weitaus stärker ins Gewicht fällt als einzelne unerfreuliche Jahresergebnisse. Aber man darf sich über die Nachhaltigkeit des Erreichten keine Illusionen machen. Die kritische, von langfristiger finanzpolitischer Sorge getragene Auseinandersetzung mit den Grenzen staatlicher Umverteilung ist in unserem Land

noch längst nicht abgeschlossen. Weitere populäre Begehren werden den Willen zur haushaltspolitisch verantwortlichen Disziplin auch in Zukunft testen.

Damit komme ich zum letzten Teil meiner heutigen Ausführungen, nämlich zur Geldpolitik und den Herausforderungen der europäischen Währungsunion.

6. Stabile monetäre Rahmenbedingungen

Im Spannungsfeld des politischen Prozesses profitiert die Geldpolitik in der Schweiz davon, dass hierzulande über zweierlei ein recht breiter Konsens besteht. Erstens ist die Einsicht kaum bestritten, dass die Preisniveaustabilität eine elementare Grundvoraussetzung für Wirtschaftswachstum und Wohlstand, aber auch für die Fairness der Einkommens- und Vermögensverteilung darstellt. Darüber, ob nun Preisniveaustabilität bei null, einem oder zwei Prozenten erreicht sei, gehen die Meinungen gewiss auseinander, aber der Übereinstimmung im Grundsätzlichen tut dies keinen Abbruch. Zweitens besteht ein nahezu ebenso breiter Konsens darüber, dass man mit dem Instrumentarium der Geldpolitik keine andauernden Beschäftigungs- und Wohlstandsgewinne erzielen kann. Die historischen Erfahrungen sind eindeutig: Der Versuch, strukturelle Schwächen und oft schmerzliche Restrukturierungszwänge mit einer Liquiditätsschwemme zu überspülen, endet in einem Fiasko.

Dieser zweiteilige Konsens - über den Stellenwert der Preisniveaustabilität und die Grenzen dessen, was man geldpolitisch erreichen kann - ist das Fundament einer politischen Stabilitätskultur, welche Wesentliches zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Standortqualität unseres Landes beiträgt.

Erfreulicherweise registrieren wir derzeit Preisniveaustabilität, und die meisten Indikatoren rechtfertigen die Erwartung, dass sich die kraftvollen Exportimpulse günstig auf die Inlandnachfrage auswirken. Unsere Politik war in den vergangenen Quartalen darauf ausgerichtet, im Rahmen des langfristig Verantwortbaren die monetären Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Erholung zu verbessern. Wir sind überzeugt davon, dass wir dabei nicht übertrieben und insbesondere keinen inflationären Liquiditätssockel gelegt haben, den wir möglichst bald durch ein restriktives Bremsmanöver wieder zurücknehmen müssten. Für die Schweiz stehen die Chancen auf eine anhaltende Periode nichtinflationären Wachstums gut. Das

wird sich auch auf die Situation am Arbeitsmarkt günstig auswirken. Es sollte in diesem Umfeld gelingen, die konjunkturelle Arbeitslosigkeit graduell abzubauen. Als geldpolitische Behörde sind wir mit der Herausforderung konfrontiert, einen mittleren Kurs zu steuern, der die Wachstumskräfte nicht abwürgt, andererseits aber auch nicht in ein längerfristiges Inflationsproblem führt. Bei dieser Aufgabe kommt dem Werden des Euro ein vorrangiger Stellenwert zu. Dieses seit dem Zusammenbruch der Fixkursordnung von Bretton Woods in den 70er Jahren bedeutendste monetäre Ereignis der Nachkriegszeit tritt morgen mit der dreitägigen Konferenz der Staats- und Regierungschefs in seine eigentliche Realisierungsphase. Auch wenn die Finanzmärkte das Unterfangen mit einem bemerkenswerten Mass an Zuversicht aufgenommen haben, sind Verunsicherungen und dadurch verursachte Wechselkursstürbungen nicht auszuschliessen. Im Bestreben, das zu tun, was dem Gesamtinteresse unseres Landes am besten dient, werden wir die Entwicklung sehr eng verfolgen und nötigenfalls mit Massnahmen reagieren.

Allein, die monetären Voraussetzungen für einen erfolgreichen Umbau des europäischen Währungssystems stehen gut. Die Europäische Zentralbank wird eine stabilitätsorientierte Geldpolitik betreiben. Sie kann sich dabei auf einen soliden Konsens über den vorangigen Stellenwert der Preisstabilität abstützen. Ihr formeller Auftrag bindet sie entscheidend an diese Zielsetzung, und ihre Leitung geniesst ein Höchstmass an Unabhängigkeit von laufenden, oft opportunistischen Einflüssen des politischen Prozesses. Die Risiken des Projekts Euro liegen kaum im monetären Bereich, sondern vielmehr bei den realwirtschaftlichen Anpassungszwängen, die durch den Übergang in einen Währungsraum verstärkt werden. Weil zur Anpassung an Entwicklungsdivergenzen Auf- und Abwertungen entfallen, müssen andere Marktprozesse eine grössere Anpassungsleistung erbringen. Dabei stehen die Arbeitsmärkte im Vordergrund, die - bei zweistelligen Arbeitslosenquoten in den grossen Ländern - weitreichender Flexibilisierungsreformen bedürfen. In dieser Hinsicht, und zusätzlich bei der unerlässlichen Fortsetzung der Anstrengungen zur öffentlichen Haushaltskonsolidierung, werden Regierungen und Parlamente gefordert sein. Dass sie diese Herausforderungen bestehen, ist auf die Dauer die wichtigste Erfolgsbedingung für das Projekt Euro. In Ihrem Kreis brauche ich nicht

weiter zu begründen, dass sein gutes Gelingen für die Interessen unserer mit Europa untrennbar verbundenen Wirtschaft von entscheidender Bedeutung ist.

Schlussbemerkungen

Ich möchte schliessen mit drei Feststellungen:

1. Für unsere Volkswirtschaft waren die 90er Jahre eine Zeit der Lethargie und vieler enttäuschter Erwartungen. Aber auch eine Periode intensiver Restrukturierungsbemühungen auf allen Ebenen. Vieles spricht für die Vermutung, dass hierzulande unter dem Druck einer vergleichsweise längeren Stagnation und begünstigt durch eine hohe Flexibilität des Arbeitsmarktes die Anstrengungen zum Umbau weiter gediehen sind als in verschiedenen anderen Ländern. Dieser für unsere Wachstumsperspektiven günstige Befund gilt nicht für einzelne binnenwirtschaftliche Bereiche und Teile des öffentlichen Sektors, wo weitere Reformenergie unerlässlich scheint.
2. Das konjunkturelle Umfeld und die Nachfrageentwicklung in der Schweiz haben sich in den vergangenen Quartalen und Monaten zum Positiven verändert. Überhitzungserscheinungen sind schwerlich auszumachen, und das Risiko eines Rückfalls in eine Stagnationstendenz scheint eng begrenzt. In der nächsten Zukunft wird es entscheidend darum gehen, im günstigeren Konjunkturklima die Anstrengungen zur strukturellen Fitness rigoros fortzusetzen.
3. Auch überzeugte Euro-Optimisten werden zugeben, dass das Projekt Euro trotz seines erfolgsversprechenden Auftakts mit Risiken verbunden ist, die unsere Wirtschaft belasten könnten. Dabei sind nicht kleinere und kurzfristige Wechselkursausschläge gemeint, sondern grössere, längere Zeit andauernde Verzerrungen, welche die Preisverhältnisse nachhaltig verschieben. An dieses Risikoszenario sollte man mit aufmerksamer Gelassenheit denken. Es ist meiner Meinung nach wenig wahrscheinlich. Und zudem sind wir als Zentralbank in Bezug auf eine solche Fehlentwicklung nicht ganz ohne

Abwehrmöglichkeiten. Schliesslich gilt auch in diesem Fall die Erfahrung, dass eine Volkswirtschaft Schocks um so besser meistert, je kompetitiver und strukturell fitter die Unternehmen sind, die in ihr produktiv tätig sind.